



Universität Zürich

Forschungsstelle für  
Politische Wissenschaft  
Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik

Prof. Dr. Ulrich Klöti

Weinbergstrasse 59  
Telefon 01/251 05 55

## Studie zur Asylpolitik

### **Kenntnisse und Einstellungen zu Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik**

Bericht über die Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag des Delegierten  
für das Flüchtlingswesen

Durchgeführt als Ergänzung zur VOX-Analyse Juni 1988.

Verantwortlich:

Prof. Dr. Ulrich Klöti

Mitarbeit:

Harald Amschler, lic.phil.I

BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE  
Bibliothek und Dokumentation

*Kob. Doc. 430*

alexandria.admin.ch



1950374033

## 1 DIE FRAGESTELLUNG

Im Rahmen der Diskussion um eine neue Asyl- und Flüchtlingspolitik innerhalb der interdepartementalen Strategiegruppe unter der Leitung des Delegierten für das Flüchtlingswesen stellte sich unter anderem die Frage, welche Haltung die Schweizerinnen und Schweizer zu zentralen Fragen einer neu zu orientierenden Politik einnehmen.

Am 5. April 1987 hatte die Bürgerschaft in der Referendumsabstimmung über die Revision des Asylgesetzes Gelegenheit, sich zu gewissen Fragen der Asylpolitik zu äussern. Dabei kam zum Ausdruck, dass eine Mehrheit dem Bund die Möglichkeit geben wollte, die Asylpolitik im gleichen Sinne weiterzuführen und dringliche Probleme rascher anzugehen. Es zeichnete sich indessen eine starke Polarisierung der öffentlichen Meinung ab: Für eine Minderheit kam die damalige Revision einer ernsthaften Einschränkung einer humanitären Politik und einer unannehmbaren Verhärtung der Asylpolitik gleich (VOX II 1987)

In der vorliegenden Untersuchung ging es deshalb hauptsächlich darum abzuklären, in welchen einzelnen Punkten die Bürger der aktuellen Politik opponierten und welche neuen Lösungsansätze konsensfähig sind.

Die Fragen wurden vom Delegierten für das Flüchtlingswesen zusammengestellt und von der Forschungsstelle für politische Wissenschaft (Abt. Innenpolitik/Vergleichende Politik) zu einem Fragebogen verdichtet. Die 1067 Interviews wurden von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung im Rahmen der VOX-Analyse über die eidgenössische Abstimmung vom Juni 1988 durchgeführt. Die Befragten wurden nach dem Quotenverfahren ausgewählt, was eine repräsentative Stichprobe ergab, die signifikante statistische Aussagen bei Abweichungen von 3 bis 5 Prozent erlaubt. Die Auswertung und Kommentierung der Daten erfolgte durch die Forschungsstelle für Politische Wissenschaft (Prof. U. Klöti), die damit auch die Verantwortung für den vorliegenden Bericht übernimmt.

## 2 WISSENSSTAND

Flüchtlings- und Asylfragen gehören zu den am stärksten umstrittenen Themen der schweizerischen Politik. Sie geben Anlass zu heftigen Auseinandersetzungen an Stammtischen, in der Presse und in den Medien; sie lösen Abstimmungskämpfe aus und haben ihre Auswirkungen selbst in Wahlen auf lokaler und kantonaler Ebene gehabt.

- Angesichts der Brisanz des Themas müsste man eigentlich erwarten, dass die Bürger über die Probleme und ihre Hintergründe in diesem Politikbereich gut informiert sind. Diese Erwartungen werden durch die Ergebnisse der Umfrage enttäuscht.

### 2.1 Anzahl Asylbewerber und Flüchtlinge

Als erstes hatten die Befragten anzugeben, wieviele der runden Million Ausländer in der Schweiz Asylbewerber sind.

**Tabelle 1**

Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in der Schweiz

Zahl	abs.	%
10'000	130	12
50'000	335	32
100'000	246	23
200'000	96	9
weiss nicht/k.A.	260	24
<b>Total</b>	<b>1067</b>	<b>100</b>

Ein Blick auf Tabelle 1 zeigt, dass nur gerade ein knappes Drittel auf die richtige Antwort (50'000) tippt. Ein weiteres Drittel liegt zu hoch, ein Viertel weiss es nicht, und nur gerade 12 Prozent der Befragten geben eine zu tiefe Zahl an. Aus diesen Antworten lässt sich der

Schluss ziehen, dass das Asyl- und Flüchtlingsproblem in quantitativer Hinsicht überschätzt wird. Offenbar werden Flüchtlinge mit den anderen Ausländern in eine enge Beziehung gebracht. Sie sind möglicherweise der Tropfen, der das Fass zum Ueberlaufen bringt.

Geht man die Antworten nach verschiedenen Merkmalen der Befragten durch, so stellt man fest, dass alle sozialen Gruppen die Zahl der Flüchtlinge überschätzen. Unterschiede gibt es allerdings im Grad der Informiertheit. Ueberdurchschnittlich viele zutreffende Antworten geben die Jungen zwischen 20 und 29 Jahren (36%), die gut Situiereten (43%), die Landwirte (40%), Mitglieder der CVP, FdP, SVP und der Grünen (38-41%), die Hochschulabsolventen (42%), die Ledigen (37%) und die politisch hoch Integrierten (36%). Besonders schlecht informiert sind die unteren Angestellten (27%) und Arbeiter (23%), die Frauen (26%), Personen mit niedrigem Bildungsgrad (22%) oder solche, die keiner Partei angehören (24%), bzw. die nie abstimmen (19%). Damit bestätigt sich weitgehend das Sozialprofil, das schon immer politisch Aktive von Abstinenten unterschieden hat. Ueberraschend wirken einzig die relativ guten Kenntnisse der jungen Befragten. Als bleibender Eindruck bleibt indessen vor allem haften, dass in keiner Merkmalsgruppe eine Mehrheit die Verhältnisse richtig einschätzte.

## 2.2 Herkunft der Asylbewerber 1987

Wie sehr die Diskussion eines Themas in den Medien die subjektiven Eindrücke prägt, zeigen die Antworten auf die Frage, aus welchem Land 1987 am meisten Asylbewerber in die Schweiz gekommen sind. Als mögliche Antworten vorgegeben waren Sri Lanka, Türkei, Chile, Polen und Zaire (in dieser Reihenfolge), wobei die Befragten Gelegenheit hatten, auch noch andere Länder aufzuführen.

**Tabelle 2**

Herkunft der Asylbewerber 1987

Herkunft	abs.	%
Sri Lanka	572	54
Türkei	334	31
andere	70	7
weiss nicht/k.A.	91	8
Total	1067	100

Das Bild der Tabelle 2 ist eindrücklich. Mehr als die Hälfte nennen Sri Lanka als bedeutendstes Herkunftsland und weniger als ein Drittel gibt mit der Türkei die richtige Antwort. Wir führen dieses Ergebnis auf den Umstand zurück, dass über die Tamilen sehr viel mehr geredet und geschrieben wurde als über die Flüchtlinge aus der Türkei. Wenn in der Westschweiz besonders häufig (13% gegenüber 0,4% in der Deutschen Schweiz) Zaire als bedeutendstes Herkunftsland von Asylbewerbern angegeben wurde, so hängt das mit der intensiven Diskussion zusammen, die dort über Einzelfälle geführt worden ist. Offenbar nehmen die Befragten die Probleme vor allem über die Vermittlung durch die Medien wahr, was zu übersteigerten oder verzerrten Eindrücken führen kann.

Ein Vergleich der beiden Kenntnisfragen ergibt ernüchternde Ergebnisse. Tabelle 3 zeigt, dass nur gerade 116 von 1'047 Antwortenden (11%) sowohl über die Zahl der Asylbewerber wie über deren Herkunft informiert sind, während 566 (54%) beide Fragen falsch oder gar nicht beantworten. Wir müssen daraus den Schluss ziehen, dass die Kenntnisse der politischen und der administrativen Probleme gering sind. Eine neue Asylpolitik müsste deshalb beträchtliche Aufklärungsarbeit leisten.

**Tabelle 3**

Kenntnisse des Herkunftslandes und der Zahl der Asylbewerber

Kenntnis des Herkunftslandes	<u>Kenntnis der Zahl der Asylbewerber</u>		
	richtig	falsch oder weiss nicht	Insgesamt
richtig	116	153	269
falsch oder weiss nicht	212	566	778
Total	328	719	1047 <sup>1)</sup>

1) Ohne Befragte, die auf eine der beiden Fragen keine Antwort gaben.

### 2.3 Rechtslage

Die Kenntnisse der Rechtslage sind besser als jene über die Flüchtlingsströme. 622 Befragte (58%) sind der Auffassung, als Flüchtlinge im rechtlichen Sinne könne Asyl erhalten, wer von einem Staat aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werde. Damit ist der klassische Flüchtlingsbegriff angesprochen. Wenn ein Viertel der Befragten (275) die Bedrohung durch kriegerische Ereignisse als rechtlichen Anerkennungsgrund versteht, so ist dies durchaus verständlich. Gerade in kriegführenden Ländern ist die Gefahr gross, dass Personen wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Auffassungen ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind, vor allem wenn sie mit dem Krieg nicht einverstanden sind. Umgekehrt scheint weitgehend Klarheit darüber zu bestehen, dass wirtschaftliche Not oder andere persönliche Gründe kein Recht auf Anerkennung als Flüchtling geben.

**Tabelle 4**

## Flüchtlinge im rechtlichen Sinne

Anerkennungsgründe	abs.	%
- Bedrohung durch Krieg	275	26
- Staatliche Verfolgung aus politischen oder religiösen Gründen	622	58
- Wirtschaftliche Not	53	5
- Andere Gründe	64	6
- Weiss nicht/k.A.	53	5
Total	1067	100

Die Einschätzung der rechtlichen Situation ist in fast allen Bevölkerungsgruppen die gleiche. Einzig Hochschulabsolventen (71%) und leitende Angestellte bzw. Freierwerbende (68%) legen sich überdurchschnittlich häufig auf religiöse und politische Verfolgung als Anerkennungsgrund fest. Auffallend sind im übrigen die vom Schnitt abweichenden Antworten der Sympathisanten der CVP. Sie nennen zu 37 Prozent Bedrohung durch Krieg und zu 11 Prozent wirtschaftliche Not als Grund für die rechtliche Anerkennung als Flüchtlinge.

#### 2.4 Kontakt mit Flüchtlingen

Um abschätzen zu können, wie vertraut die Befragten mit der Flüchtlingsproblematik aus eigener Anschauung (Erfahrung haben die Befragten keine eigene!) sind, ist ihnen die Frage gestellt worden, ob sie persönlich einen Flüchtling oder Asylbewerber kennen. Nur 300 Personen (28%) beantworteten die Frage mit ja, während 755 Befragte (71%) angaben, keinen Flüchtling persönlich zu kennen. 1 Prozent verweigerte die Antwort, was im Zusammenhang mit dieser Frage eine überraschend niedrige Quote darstellt.

Es stechen Personengruppen hervor, die überdurchschnittlich häufig einen Asylbewerber oder einen Flüchtling kennen. Es sind dies Stu-

dentem (46%), Hochschulabsolventen (38%), Junge (35%), die obere Mittelschicht (35%), Welsche (37%), Ledige (37%), Konfessionslose (39%) und Städter (34%). Es handelt sich somit um jüngere, mobile und gut ausgebildete Personen.

Wir haben die persönliche Bekanntschaft schliesslich auch mit den Kenntnissen der Flüchtlingsproblematik verglichen. Ueberraschenderweise ergibt sich kein statistisch gesicherter Zusammenhang. Die Hypothese, wonach eine persönliche Bekanntschaft eines Asylbewerbers oder Flüchtlings zu einer besseren Einsicht des Befragten in die Lage und damit zum besseren Verständnis der Probleme führt, muss demnach für unsere Befragten verworfen werden.

### 3 POLITISCHE LAGEBEURTEILUNG

#### 3.1 Zahl der Flüchtlinge

Die zweite Serie von Fragen gab den Interviewten Gelegenheit, die jetzige Flüchtlings- und Asylpolitik zu beurteilen. Im Vordergrund stand dabei zunächst die Frage nach der angemessenen Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge.

**Tabelle 5**

Beurteilung der Zahl der Flüchtlinge

Die Schweiz nimmt	abs.	%
zu wenig F. auf	158	15
eine angemessene Zahl von F. auf	419	39
eher zu viele F. auf	414	39
weiss nicht/k.A.	76	7
Total	1067	100

Es ist nicht ganz einfach, sich aufgrund der Antworten in Tabelle 5 ein Bild über die Zufriedenheit der Bürger mit der Aufnahmepraxis

zu machen. Unproblematisch ist die Zustimmung zur Aussage, die Schweiz nehme eine angemessene, ungefähr richtige Zahl von Flüchtlingen auf. Sie wird indessen von weniger als der Hälfte der Befragten (39%) ausgedrückt. Fast gleich viele Befragte sind der Meinung, die Schweiz tue des Guten zuviel, während nur 15 Prozent finden, die Schweiz nehme zu wenig Flüchtlinge auf. Es gibt somit kein Gleichgewicht der mittleren Unzufriedenheit. Die Meinung, die Grenzen seien zu offen, überwiegt offenbar insgesamt.

Die Meinungen sind überdies in dieser Frage nicht über alle sozialen Gruppen gleich verteilt. Besonders häufig wird die Meinung, die Schweiz nehme zu viele Flüchtlinge auf, von älteren Personen (51%) und solchen mit bescheidener Schulbildung (50%) vertreten. Eher zu wenig Flüchtlinge werden nach Ansicht der Sympathisanten der linken Parteien (SP: 22%; POCH, PdA, PSA: 41%) und der Grünen (46%), von jüngeren Leuten (24%), von Hochschulabsolventen (25%), von Konfessionslosen (34%) sowie von Personen, die häufig den Wohnort wechseln (22%), und Städtern (21%) aufgenommen. Wir haben damit einige Indizien dafür, dass die beiden Extrempositionen (zu viele oder zu wenig Flüchtlinge) von Personen eingenommen werden, die zum Potential von Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums gehören.

Im weiteren stellen wir fest, dass die Meinung, es würden zu wenige Flüchtlinge Einlass finden, mit zunehmender Kenntnis der Flüchtlingssituation und der Rechtslage häufiger geäußert wird. Das dürfte damit zusammenhängen, dass gut Ausgebildete aus besseren Schichten nicht nur die Situation besser kennen und beurteilen können, sondern darüber hinaus von höheren Flüchtlingszahlen auch wenig zu befürchten haben. Die Abwehrhaltung von Rentnern dürfte umgekehrt auf subjektiv verständliche Angstgefühle zurückzuführen sein.

### 3.2 Einschätzung der Asylgründe

Die Befragten wurden um ihre Beurteilung der wichtigsten Gründe gebeten, welche Menschen veranlassen können, ihr Heimatland zu verlassen und in der Schweiz Asyl zu suchen. Am häufigsten wurden den Asylbewerbern politische oder religiöse Verfolgung durch den Heimatstaat als Asylgrund zugebilligt (37%). Eine relativ grosse Zahl

von Antworten (23%) wies auf den Umstand hin, dass verschiedene Gründe für eine Asylsuche zusammen kommen können. 13 Prozent der Befragten verwiesen auf kriegerische Ereignisse. Nur eine Minderheit (18%) ging von der wirtschaftlichen Not als hauptsächlichstem Fluchtgrund aus. Es wäre demnach verfehlt, den Schweizern zu unterstellen, sie betrachteten sämtliche Asylbewerber als Wirtschaftsflüchtlinge. Umgekehrt ist in Rechnung zu stellen, dass nur eine Minderheit findet, die hauptsächlichsten Fluchtgründe seien mit dem engeren politischen Flüchtlingsbegriff zu vereinbaren. Es fällt in diesem Zusammenhang auf, dass nur eine verschwindend kleine Zahl von Befragten nicht antwortet (2%). Offenbar haben sich die Schweizerinnen und Schweizer gerade zu dieser Frage eine Meinung durchaus gebildet.

**Tabelle 6**

Gründe für Asylsuche

Gründe	abs.	%
- Kriegerische Ereignisse	143	13
- Politische oder religiöse Verfolgung	389	37
- Wirtschaftliche Not	194	18
- Persönliche und andere Gründe	74	7
- Verschiedene Gründe zusammen	241	23
- Weiss nicht/k.A.	26	2
Total	1067	100

Die Antworten der verschiedenen sozialen Gruppen weichen nur wenig voneinander ab. Wirtschaftliche Motive für die Flucht vermuten besonders häufig Sympathisanten des Freisinns (23%) sowie die Altersgruppe zwischen 50 und 65 Jahren (25%). Politische und religiöse Motive werden vor allem von Anhängern der linken und grünen

Parteien (47% für SP, POCH, Grüne) genannt, während der Bildungsgrad bei dieser Frage auffallenderweise keinen Einfluss hat.

Die Antworten auf die Frage nach den Gründen für die Asylsuche sind nicht leicht zu interpretieren. Einmal muss es den Asylbehörden zu denken geben, dass nur 37 Prozent der Befragten politische oder religiöse Verfolgung als wichtigsten Fluchtgrund angeben, würde dies doch heissen, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer den Asylbewerbern keinen legalen Fluchtgrund zubilligt. Solange kriegerische Ereignisse, wirtschaftliche, persönliche oder andere Gründe nicht rechtlich anerkannt sind, müssen die Behörden wohl mit diesem Widerspruch leben. Der einzige Ausweg besteht wohl in grösserer Aufklärung und besserer Information.

#### **4 OFFENE FRAGEN DER FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK**

In einer letzten Runde hatten die Befragten schliesslich zu einer Reihe von aktuellen Problemen und politisch umstrittenen Sachfragen Stellung zu nehmen. Damit waren normative Aspekte und Vorstellungen über einen zukünftigen Sollzustand angesprochen. Die Antworten können zwar als Fingerzeig auf politische Präferenzen gewertet werden. Es ist dabei freilich zu bedenken, dass die Befragten unvorbereitet mit den verschiedenen Optionen konfrontiert wurden. Es wäre gefährlich, allein aus dieser Momentaufnahme eine eindeutige und unveränderliche Strategie abzuleiten. Immerhin finden sich in den Antworten Anhaltspunkte zur Durchsetzbarkeit gewisser Postulate und Lösungsmodelle.

##### **4.1 Limitierung der Flüchtlingszahlen?**

Die erste Frage galt wiederum dem quantitativen Aspekt. Soll die Zahl der Flüchtlinge, welche die Schweiz jährlich aufnimmt, begrenzt werden? 43 Prozent der Befragten verneinen dies und sind der Meinung, über die einzelnen Anträge sei unabhängig von Limiten zu entscheiden. Fast ein Fünftel der Interviewten will indessen gar keine neuen Flüchtlinge aufnehmen. Und ein weiteres Viertel möchte Limiten zwischen 5000 und 50'000 Flüchtlingen pro Jahr vorsehen. Nicht weniger als 14 Prozent geben keine Antwort oder haben keine Meinung.

**Tabelle 7**

## Zahlenmässige Aufnahmebegrenzungen

Limite	abs.	%
keine Begrenzung	463	43
Maximal 50'000 pro Jahr	48	4
Maximal 10'000 pro Jahr	81	8
Maximal 5'000 pro Jahr	124	12
Keine neuen Flüchtlinge	202	19
weiss nicht/k.A.	149	14
Total	1067	100

Die Zahlen der Tabelle 7 lassen keine einfachen Schlüsse für eine zukünftige Asylgewährungspolitik zu. Die Antworten, die für eine Quotenregelung plädieren, und jene, die weiterhin ohne Limiten über Einzelanträge entscheiden wollen, halten sich genau die Waage. Auch wenn man die Befürworter einer hohen Limite (50'000) zu den Gegnern jeder Begrenzung hinzuzählt und so eine Gruppe von "grosszügigen Asylpolitikern" bildet, erhält man keine Mehrheit.

Selbstverständlich wissen wir nichts Genaues über die Präferenzen derjenigen, die keine Meinung äussern. Da es sich freilich eher um ältere Personen aus unteren Gesellschaftsschichten in der Stadt handelt, die politisch relativ schwach integriert sind und die häufig Stimmabstinz üben, ist zu vermuten, dass sie grösstenteils einer konservativen "schweigenden Mehrheit" angehören, die nur bei besonderen Anlässen oder bei bestimmten Themen zur Urne geht, dann aber eine bedeutende Rolle spielt. Dieser nicht einwandfrei nachzuweisende Analogieschluss drängt sich deshalb auf, weil die gleichen genannten sozialen Gruppen überdurchschnittlich häufig die Meinung vertreten, es seien gar keine neuen Flüchtlinge aufzunehmen.

Eine Mehrheit von Befürwortern einer Lösung ohne Flüchtlingsquoten finden wir bei den Jungen (52%), den besser Situierten (53%), bei

Sympathisanten der SVP (52%) und der Grünen (63%), bei den Studenten und Hochschulabsolventen (58%), bei den Ledigen (53%) sowie den politisch hoch Integrierten, die regelmässig stimmen (51%). Damit treffen wir auch hier wieder auf die Merkmale der Gruppen, die sich tendenziell als "liberale" Asylpolitiker auszeichnen.

Aufgrund der vorliegenden Antworten können wir nicht sagen, ob eine Limitierung - auf welcher Höhe auch immer - politisch durchsetzbar wäre. Die Meinungen sind gespalten und weitgehend polarisiert.

#### 4.2 Selektive Aufnahme von Flüchtlingen?

Eindeutig fallen die Antworten auf die Frage aus, ob die Schweiz Flüchtlinge aus allen Ländern und Kulturkreisen gleichermassen aufnehmen soll. 73 Prozent der Befragten bejahen dies. Nur 16 Prozent wollen die Aufnahme von Flüchtlingen auf Asylbewerber "aus unserem Kulturkreis" beschränken. 11 Prozent äussern wiederum keine Meinung.

**Tabelle 8**

#### Selektive Aufnahme von Flüchtlingen

Selektion	abs.	%
Keine	776	73
Einschränkungen	175	16
- bezüglich der Rasse	(26)	(2)
- bezüglich der Religion	(13)	(1)
- bezüglich der Kultur	(93)	(9)
- bezüglich der Ausbildung	(18)	(2)
- ohne Erläuterung	(25)	(2)
Keine Meinung	116	11
Total	1067	100

Die Antworten, die eine selektive Aufnahme von Flüchtlingen verlangen, stammen besonders häufig aus der Gruppe der älteren Personen und Rentner (23%), der gut Situierten (29%) und der FDP-Anhänger (27%), während Sympathisanten von linken Parteien (SP: 9%) auffallend selten diese Auffassung kundtaten. Ältere Menschen und Angehörige unterer Sozialschichten äusserten häufig keine Meinung.

Von den genannten Auswahlkriterien fällt nur das kulturelle Moment (9%) zahlenmässig ins Gewicht. Rassistische und religiöse Kriterien werden nur von insgesamt knapp 4 Prozent, die Ausbildung von 2 Prozent der Befragten ins Feld geführt. Insgesamt darf der Schluss gezogen werden, dass ein selektives Aufnahmeverfahren, das "unseren Kulturkreis" bevorzugt, bei den Befragten auf eine deutliche Ablehnung stösst.

#### 4.3 Polizeiliche Ausschaffung?

Die Frage, ob abgelehnte Asylbewerber, die nicht freiwillig ausreisen, polizeilich ausgeschafft werden sollen, gibt immer wieder Anlass zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen. Die Befragten nehmen dazu mehrheitlich eine moderate Haltung ein. 58 Prozent stimmen dem Ausweisungsprinzip in der Regel zu, wollen aber Ausnahmen vorsehen, wo humanitäre Gründe dies nahelegen. In jedem Fall die Ausweisung durchsetzen wollen 22 Prozent, 15 Prozent möchten überhaupt keine Ausweisungen vorsehen. Nur 5 Prozent äussern keine Meinung.

**Tabelle 9**

## Polizeiliche Ausschaffung abgelehnter Asylbewerber

Ausschaffung	abs.	%
ja, in jedem Fall	235	22
in der Regel (Ausnahmen aus humanitären Gründen)	624	58
nein, in keinem Fall	157	15
weiss nicht/k.A.	51	5
Total	1067	100

Obwohl hier eine Mehrheit einer Kompromisslösung zustimmt, ist eine eindeutige Interpretation der Zahlen in Tabelle 9 nicht einfach. Dies liegt daran, dass eine klare Abgrenzung der vorzusehenden Ausnahmen in der Fragestellung nicht enthalten war. Es ist davon auszugehen, dass bei den 624 Befragten, welche der Ausweisung mit Ausnahmen zuneigten, sehr viele unterschiedliche Vorstellungen über ausreichende humanitäre Gründe für eine Ausnahmeregelung im Einzelfall zu finden wären. Da sich das Sozialprofil der Befürworter einer solchen Kompromisslösung kaum von der Gesamtheit der Befragten abhebt, sind auch keine Vermutungen über die gewünschte Schärfe der Ausnahmeregelung möglich. Wir wissen somit nicht, ob die Befragten über die Regel des "non-refoulement" hinaus noch andere Ausnahmen schaffen wollen.

Bei den Befragten, die besonders häufig überhaupt keine polizeiliche Ausschaffung vorsehen möchten, finden wir die bereits bekannten asylfreundlichen Gruppen wieder. Es sind dies die Jungen (21%), die Sympathisanten der SP (21%) und der Grünen (38%), die Studenten (28%), die Konfessionslosen (29%) und - in geringerem Masse - die Westschweizer (19%) und Tessiner (21%).

Insgesamt finden im Zusammenhang mit der Ausschaffungspraxis Extrem Lösungen bei keiner Bevölkerungsgruppe grossen Anklang. Die Ausnahmeregelung muss indessen wohldosiert sein, will man

verhindern, dass der Konsens beim Kompromiss zu den Extremen hin abbröckelt.

#### 4.4 Sollen Asylbewerber arbeiten dürfen?

Die letzte Frage betrifft die Situation der Asylanter in Wartestellung. Nach Meinung der Befragten ist es unbestritten, dass Asylbewerber, über deren Antrag die Behörden noch nicht entschieden haben, sollen arbeiten dürfen. 41 Prozent befürworten dies ohne jede Einschränkung, 38 Prozent wollen freilich die Arbeitsmöglichkeiten auf jene Bereiche beschränken, in denen ein Mangel an Arbeitskräften herrscht, 11 Prozent wollen nur Teilzeitarbeit erlauben. Nur 6 Prozent sind der Auffassung, Asylbewerber dürften auf keinen Fall arbeiten.

**Tabelle 10**

Arbeit von Asylbewerbern

Arbeit	abs.	%
ohne Einschränkung	437	41
nur teilzeitlich	120	11
nur in Mangelberufen	401	38
auf keinen Fall	65	6
weiss nicht/k.A.	44	4
Total	1067	100

Die Gruppe derjenigen, die den Asylbewerbern jede Arbeit verweigern wollen, ist zu klein, als dass sich signifikante Hinweise auf besondere soziale Merkmale ermitteln liessen. Am ehesten sind solche Aussagen über die "liberalen" Befragten möglich, die eine Arbeit ohne jede Einschränkung erlauben möchten. Es handelt sich einmal mehr um jene Bevölkerungsgruppen, die sich schon bei anderen Fragen als "asylfreundlich" erwiesen haben, nämlich die unter Vierzigjährigen (48%), die Grünen (54%), die Studenten (56%) und die Konfessionslosen (56%). Auffallend niedrige Anteile weisen bei dieser Antwortkategorie

die Anhänger der CVP (31%) und der SVP (33%) sowie die über 65 Jahre alten Personen (27%) aus.

## 5 WÜRDIGUNG

In einer zusammenfassenden Würdigung sind drei Punkte besonders hervorzuheben:

1. Der Stand der Kenntnisse über die aktuelle Situation in der Asylpolitik ist bescheiden. Nur eine kleine Zahl der Befragten weiss, wie gross die Flüchtlingsströme in die Schweiz sind und woher sie hauptsächlich kommen. Ueber die Rechtslage sind die Befragten etwas besser orientiert. Dies entspricht dem üblichen Bild. Schweizerinnen und Schweizer kennen häufig die Spielregeln, wissen aber wenig über das eigentliche Spielgeschehen. Eine Umorientierung der Flüchtlings- und Asylpolitik setzt ein beträchtliches Mass an Aufklärungsarbeit voraus.
2. Dies gilt um so mehr, als auf der normativen Ebene ein beträchtliches Mass an Polarisierung der Meinungen bestehen bleibt. Der jungen, städtischen, mit linken und grünen Parteien sympathisierenden Bevölkerung mit hohem Ausbildungsgrad ist die schweizerische Asylpolitik eher zu wenig offen. Aeltere, wirtschaftlich bedrohte Bürgerinnen und Bürger ohne höhere Bildung mit Sympathien für Parteien rechts der Mitte möchten an der geltenden, restriktiven Asylpolitik festhalten. Die zweite Gruppe überwiegt.
3. Die Asylpolitik gehört offenbar zu jenen Politikbereichen, die keine einfachen Kompromisse zulassen. Die Antworten auf die Fragen, die Optionen offen lassen, erlauben auf den ersten Blick wenig klare Schlüsse für die Gestaltung einer künftigen Asylpolitik. Es zeigt sich lediglich, dass weder eine Kontingentierung noch eine selektive Aufnahme, weder eine rigorose polizeiliche Ausschaffung von abgelehnten Bewerbern noch ein völliger Verzicht auf diese Massnahme eine Mehrheit finden. Angesichts der relativ grossen Gruppen der extremen Antworten dürfte jede Verschiebung der Konsensbasis in die eine oder andere Richtung mit hartem Widerstand zu rechnen haben. Das einzig Konsensfähige ist in solchen Situationen häufig der Status quo.